Ressort: Auto/Motor

VW-Chef: Bundesregierung soll Rahmenbedingungen für E-Autos verbessern.

Wolfsburg, 26.05.2013, 03:00 Uhr

GDN - Unmittelbar vor Beginn des Elektroauto-Gipfels mit Bundeskanzlerin Merkel an diesem Montag hat VW-Vorstandschef Martin Winterkorn die Bundesregierung aufgefordert, die Rahmenbedingungen für Elektrofahrzeuge zu verbessern. Winterkorn sagte "Bild am Sonntag": "Wir erwarten keine Förderung einzelner Fahrzeuge. Was aber sinnvoll und nötig ist, sind infrastrukturelle Maßnahmen. Ich denke da an den weiteren Ausbau des Elektro-Tankstellen-Netzes oder eine extra Fahrspur auf mehrspurigen Straßen, die nur Elektrofahrzeuge benutzen dürfen."

Trotz des schleppenden Absatzes glaubt Winterkorn weiterhin daran, dass bis zum Jahr 2020 eine Million Elektroautos auf Deutschlands Straßen fahren werden: "Ich bin davon überzeugt, dass das gelingen kann." Dabei wird sich nach Überzeugung des VW-Chefs aber nicht der reine Elektromotor durchsetzen: "In der Breite wird sich nach meiner Überzeugung die Plug-In-Technologie durchsetzen, weil sie beides bietet: elektrisch und emissionsfrei in der Stadt fahren und die volle Flexibilität für längere Strecken mit dem Verbrennungsmotor. Genau das erwarten die Kunden." Winterkorn geht davon aus, dass die aktuell hohen Preise für Elektroautos künftig sinken werden: "Die Stückzahlen werden mittelfristig steigen, damit werden auch die Kosten sinken. Volkswagen jedenfalls setzt jetzt Zeichen und bekennt sich zu dieser Technologie. Bei alldem dürfen wir eines nicht vergessen: Unsere sparsamen Benzin- und Dieselmotoren werden noch viele Jahre für die Kunden attraktiv bleiben." Auch Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CDU) hält die Zahl von einer Million Elektroautos für realistisch: "Es gibt für die Bundesregierung keinen Grund, vom Ziel einer Million E-Autos in 2020 abzurücken. Die ersten Schritte sind meist die schwersten, der Absatz wird aber rasant zunehmen." Zur Begründung sagte Ramsauer: "Die aktuelle Nachfrage hat stark mit dem noch recht überschaubaren Angebot zu tun. Wir brauchen attraktive Elektroautos, die die Kunden überzeugen. Die deutsche Industrie will bis 2014 insgesamt 15 neue Modelle am Markt haben, vier davon allein von VW. Das wird die Nachfrage stark stimulieren. Es gibt daher für die Bundesregierung keinen Grund, vom Ziel einer Million E-Autos in 2020 abzurücken. Die ersten Schritte sind meist die schwersten, der Absatz wird aber rasant zunehmen." Eine Prämie für den Kauf von Elektroautos schließt der Minister aber aus: "Eine reine Kaufprämie ist weder sinnvoll noch finanzierbar. Bei einer Million Fahrzeuge und einer Prämie von 5.000 Euro würde das fünf Milliarden Euro kosten. Das Geld investieren wir lieber in moderne Straßen, auf denen die E-Autos dann freie Fahrt haben". Ramsauer weiter: "Eine ganze Reihe von Anreizfaktoren gibt es bereits, die Befreiung von der Kfz-Steuer etwa. Der Steuerausgleich für die noch hohen Batteriekosten bei Dienstwagen ist auf den Weg gebracht. Und wir testen gerade eigene Parkplätze für E-Autos und das Nutzen von Busspuren. Auch VW-Chef Winterkorn hält eine Prämie nicht für sinnvoll: "Nach meiner Erfahrung kann man kurzfristig Kaufanreize setzen. Doch auf Dauer muss sich eine Technologie wie die Elektromobilität aus eigener Kraft am Markt durchsetzen. Das heißt: Sie muss die Menschen rundum überzeugen." Auch in der Dienstwagenflotte von VW werden nach den Worten Winterkorns E-Autos eingesetzt: "E-Golf und E-up! nutze ich regelmäßig als Dienstfahrzeuge. Ich fahre damit gerne die knapp 40 Kilometer von mir zu Hause ins Büro. Bei längeren Strecken nehme ich andere Fahrzeuge, zum Beispiel einen Plug-In-Hybrid." Auch Minister Ramsauer verfügt über Elektrofahrzeuge: Im Ministerium haben wir Elektroautos in der Dienstwagenflotte. Privat würde sich das ebenfalls anbieten, zumal die Familie ja mit einer Wassermühle den dazu passenden Strom selbst erzeugt. Aber das entscheiden meine Frau und unsere Töchter."

Bericht online:
https://www.germandailynews.com/bericht-14538/vw-chef-bundesregierung-soll-rahmenbedingungen-fuer-e-autos-verbessern.html

Redaktion und Veranwortlichkeit:
V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:
Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der

allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:
United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com